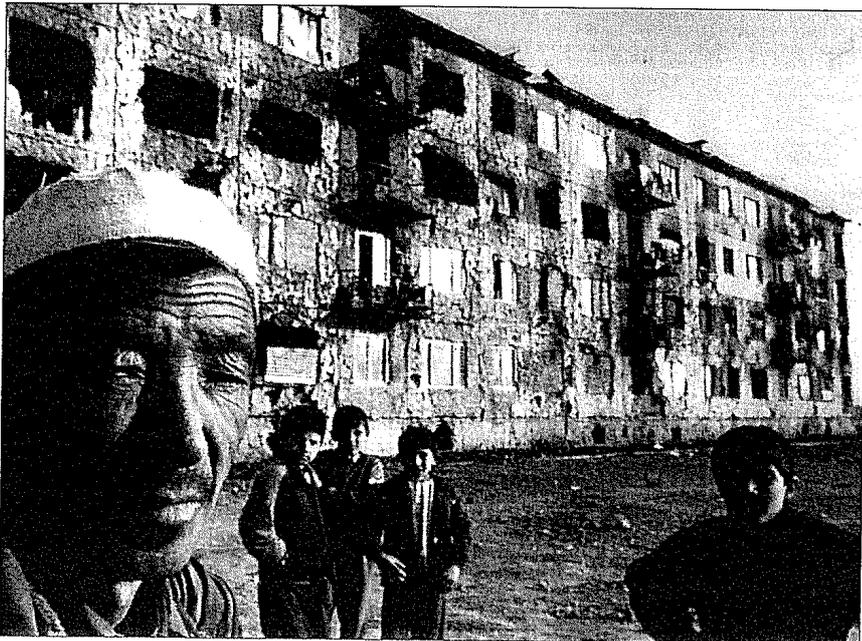


AFGHANISTAN: DIE GESCHÄFTE DER TALIBAN UND IHRER FINANCIERS

# Unser Öl in heiligen Pipelines



**AUF IN DIE NÄCHSTE RUNDE:** Nach der Schmelze ist der Krieg wieder voll im Gang

FOTO: SAH FAHLKREIER/TWINK/LOOKAT

**In Afghanistan haben sich Mullahs und Generäle wieder den Krieg erklärt. Ausländische Energiekonzerne werden ihn gewinnen.**

WASEEM HUSSAIN

Es ist zynisch und doch bitter wahr, was Mario López Olacrez sagt: «Unser Plan ist besser.» Der Generaldirektor des argentinischen Energiekonzerns Bridas erklärt, seine Firma werde Afghanistan nicht einfach nur als Transitroute gebrauchen, wie es die Konkurrenz vorhat, sondern dem Land Öl und Gas auch vor Ort verkaufen. Ja, Bridas werde dem Land helfen, eine eigene Industrie aufzubauen. Anfang Mai eröffnete Bridas denn auch eine Geschäftsstelle in der afghanischen Hauptstadt Kabul und eine in Kandahar im Süden von Afghanistan.

Die Firmenstandorte sind nicht zufällig gewählt. In Kandahar sitzt Mullah Omar Akhund, Führer der Taliban-Miliz, die im Herbst 1994 scheinbar wie aus dem Nichts auftauchten und kaputtlos eine Provinz nach der anderen eroberten. Ende September letzten Jahres nahmen sie die Hauptstadt Kabul ein, vertrieben die Regierung und führten ihre auf einer rigorosen Auslegung des Islams basierende Diktatur ein. Seither herrschen die Taliban über die südlichen zwei Drittel Afghanistans, den Norden teilt sich die feindliche Allianz der gestürzten Regierung. Fast täglich wird von beiden Seiten geschossen und gebombt.

Von ihren Büros aus pflegt die Firma Bridas ihre guten Beziehungen zu den Taliban. Anfang 1996 unterzeichnete das von Bridas angeführte «Turkmen-Afghan-Pakistan-Konsortium (TAP) mit den Taliban ein teures Abkommen, in dem die Konsortium für den Bau einer Pipeline festgehalten wurden. Die zwei führen sollen Erdöl und Erdgas aus Turkmenistan quer durch Afghanistan und Pakistan aus Arabische Meer und von dort auf die Weltmärkte leiten. Geplant ist auch eine Abzweigung nach Indien, wo aufgrund des Wirtschaftswachstums ein grosser Bedarf an Rohstoffen und Energieträgern herrscht. Der Transitvertrag mit Pakistan ist bereits unterschrieben. Generaldirektor Olacrez sagt: «Dies ist die erste grosse Investition in Afghanistan seit Kriegsbeginn vor über sieben Jahren. Alle werden davon profitieren.» Krieg hin oder her, Inmitten geht es um die weltweit drittgrössten Erdöl- und Erdgasreserven. So

viel nämlich harret in Turkmenistan der Ausbeutung.

Fast zeitgleich mit dem Abkommen zwischen den Taliban und dem TAP-Konsortium (zu dem neben Bridas die saudiarabische Firma Niharoo Ltd. sowie ein nicht näher bezeichnetes europäisches Unternehmen gehören) wurde der ehemalige US-Botschafter in Turkmenistan, Glen Nelle, zum Vizepräsidenten von Bridas ernannt, sozusagen in Anerkennung seiner Vermittlungen zwischen TAP, der turkmenischen Regierung und den Taliban. Als Botschafter vertrat Nelle die Interessen seiner Regierung – die USA halten also die Eroberungen der Taliban unterstützt.

**DIE TALIBAN – EIN SERVICEUNTERNEHMEN**

Der definitive Vertrag von TAP mit den Taliban sei nun unterschrieben, erklärte Olacrez vor drei Wochen, der Krieg im Norden, die drohende Hungerkatastrophe oder die massiven Menschenrechtsverletzungen seien kein Hinderungsgrund. Im Gegenteil, der wirtschaftliche Aufschwung beseitige all diese Unannehmlichkeiten. Radio Shariat, das elektronische Sprachrohr der Taliban, meldete kürzlich, TAP fange mit dem Bau der zwei Milliarden US-Dollar teuren Pipeline 1998 an. Vom Jahr 2001 an sollen Öl, Gas und Geld fliessen.

Doch ein anderes Joint Venture war TAP

zuvorgekommen. Bereits im Frühjahr 1995 – wenige Monate, nachdem die Taliban-Milizen erstmals erschienen waren – unterzeichneten der US-amerikanische Energiekonzern Unocal Co. und die saudiarabische Delta Oil mit den Taliban ebenfalls ein Abkommen. Unocal/Delta (dem Konsortium hat sich inzwischen die koreanische Firma Daewoo angeschlossen) wollen ihre Pipeline aber erst bauen, wenn das ganze Land von den Taliban beherrscht wird. Und so streiten sich nun die Anwälte von Unocal/Delta und TAP vor der Schlichtungskommission der Internationalen Handelskammer ums Bauvorrrecht, denn Unocal/Delta fühlen sich um ihre Erstlingsposition betrogen. Im Sommer 1994 nämlich – nur Monate vor den ersten Eroberungen der Taliban – hatte der damalige Innenminister Pakistans und hochrangige Geheimdienstoffizier Nasirullah Babar mit dem amerikanischen Botschafter sowie einigen CIA-Beamten sich jenseits Route besichtigt, wo die Pipelines gebaut werden sollen. Der pakistanische Geheimdienst ISI, vertreten von Nasirullah Babar, hat den Gästen die Taliban-Miliz als militärisches Servicegeschäft an. Die Aufgabe der Taliban: das Gebiet um diese Route freikämpfen. Gleichzeitig platzierten auch Unocal/Delta ihren diplomatischen Gewährsmann: Charly Santos. Der frühere stellvertretende Uno-Sonderbeauftragte für

Afghanistan liess sich einspannen und beeinflusste die Friedensmission der Uno zugunsten der Taliban. Kaum war seine Amtszeit als Uno-Delegierter abgelaufen, sass er auch schon in der Geschäftsleitung von Unocal. Unocal/Delta gehörten also wohl nicht nur zu den ersten Geldgebern der Taliban, sie hatten die Uno auch noch zur politischen Förderung der Taliban genutzt.

Auch andere Länder in Zentralasien, Vorderasien und am Kaspischen Meer wollen an den Transgeschäftlichkeiten mitverdienen. Ende letzter Woche fand in Turkmenistan ein Gipfeltreffen statt, auf dem die Wirtschaftsminister aus dem Iran, der Türkei, aus Pakistan, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Afghanistan ein Klima des Ausgleichs schaffen wollten, das rivalitäten unterbindet. Doch die Konkurrenz ist längst Wirklichkeit, der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Aufblühen der Taliban hat die Gemeinsamkeiten gesprengt. Die Taliban kämpfen für ihre Sponsoren, dasselbe tut die Anti-Taliban-Allianz für Iran, Russland und Indien. Der Krieg in völlig verarmten Afghanistan wäre längst vorbei, ständen im Hintergrund nicht diese fremden Mächte, die vom Krieg profitieren.

**DIE WAFFEN SIND SCHON WIEDER DA**

Dem jetzigen Uno-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Norbert Holl, ist der Optimismus denn auch vergangen: «Es wird wieder heftigen Krieg geben», sagte er kürzlich in seinem Rapport vor dem Uno-Sicherheitsrat in New York. In den letzten sechs Monaten hat der deutsche Diplomat an allen Fronten versucht, Waffenruhe und Friedensverhandlungen zu vermitteln. Doch am Ende gab es nur wieder Kriegserklärungen. «Eine militärische Lösung ist nun besser», sagte Anfang April Taliban-Führer Mullah Omar Akhund. Und Ahmad Shah Massoud, Verteidigungschef der von den Taliban gestürzten Regierung, entgegnete: «Wir werden an mehreren Fronten angreifen und bis Ende Jahr Afghanistan zurückerobern.» Seit der Schneefall auf dem Hindukusch schmilzt, werden die beiden Kriegsparteien ihre Drohungen wahr. Vor zehn Tagen gelang es den Taliban, die im Nordosten gelegene, strategisch wichtige Provinz Kunar einzunehmen, während sich die Anti-Taliban-Allianz den Weg zum wichtigen Salang-Tunnel freikämpfen konnte.

Die dazu nötigen Waffen und Kriegserlöse wurden den Kriegsherren in den Wintermonaten geliefert, und noch immer kommt Nachschub. Mohamad Samsar, türkischer Generalkonsul in der nordafghanischen Stadt Mazar-e-Scharif, berichtet von Frachtflugzeugen, die der Anti-Taliban-Allianz fast täglich Waffen aus Russland sowie Gift und Klebstoff aus dem Iran bringen. In den letzten drei Monaten seien ausserdem 500 russische Panzer geliefert worden. Laut der Nachrichtenagentur AFP sei kürzlich ein mit iranischen Antipersonen- und Antipanzernotwendiger Felder Armeehubschrauber in Mazar eingetroffen. Nordöstlich von Kabul stehlen nach Angaben der Zeitschrift «AsiaWeek» zwanzig russische Scud-B-Jaketen abschlussbereit. In Bala Murgab, einer strategischen Schlüsselstelle, habe der Bündnispartner General Itshid Dosom die Anzahl der stationären und mobilen Raketenwerfer massiv erhöht, Fliegerabwehrkanonen in Stellung gebracht und eine grosse Menge AK-47-Kalashnikows aus osteuropäischen Waffenbasaren unter seinen Südhern verteilt. Russland, das ein Überschweppen des Afghanistankrieges und den

FORTSETZUNG SEITE 10

## Die strategischen Interessen der USA

US-Firmen und die US-Regierung sorgen sich durch ihre Unterstützung der Taliban nicht nur um die Sicherung des zentralasiatischen Terrains. Sie sind auch dabei, an anderen Ende Zentralasiens die Karten neu zu mischen. «Offener Zugang zum Kaspischen Meer ist entscheidend, wenn die USA ihre Energiequellen diversifizieren und die gefährliche Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Nahen Osten reduzieren wollen», schrieb Caspar Weinberger vor zwei Wochen in der «New York Times». Es sei ein Fehler gewesen, so der ehemalige Verteidigungsminister der USA (Weinberger war von 1981 bis 1987 im Amt), im Kaukasuskonflikt ganz auf Armenien zu setzen. Damit hätte die bisherige Politik

«die strategischen Interessen, die wir in der Region haben», völlig ausser acht gelassen. Armenien, das so viel Hilfe bekommen habe, würde mit Russland zusammenarbeiten. Aserbaidschan hingegen habe stets die Aufnahme des Iran in das Konsortium abgelehnt, welches die Rohstoffe am Grund des Kaspischen Meers ausbeutet. Mit Aserbaidschan müssten unbedingte engere Beziehungen geknüpft werden – nicht nur, weil Baku über grosse Ölvorkommen verfügt. Weinberger: «Wenn sich Russland und Iran am Kaspischen Meer durchsetzen, verfügen sie über ein mögliches Druckmittel gegenüber den westlichen Ökonomie, die sich dann ganz auf die instabile Golfregion verlassen

müssen.» Kurz: «Es geht um unsere langfristigen Sicherheitsinteressen.» Um andere Interessen geht es beim Treffen der Staaten der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft, das letzte Woche in Aschgabat (Turkmenistan) stattfand (siehe Haupttext). Unter den Regierungen, die über die Wege der Pipelines in und aus Zentralasien konferieren, werden auch die Vertreter von Iran, Tadschikistan und Afghanistan sein, die erst vor zwei Wochen in Duschanbe (Tadschikistan) über den dortigen Krieg verhandelt haben. Denn auch in diese Frage haben die Taliban Bewegung gebracht. Bevor sie Kabul eroberten, hatte die afghanische Regierung von Burhanuddin Rabbani und dessen Verteidigungs-

ministers Ahmad Shah Massoud die tadschikische Opposition unterstützt; auch Teheran stand auf der Seite der islamistischen Rebellen. Russlands Truppen stärkten hingegen die Regierung um Präsident Ebnomul Rachmanow. Da aber nur Rabbani, Rachmanow und die iranische Regierung die Taliban gleichermassen als Gegner betrachten, stand einer gemeinsamen Politik hinsichtlich Afghanistan nur der Bürgerkrieg in Tadschikistan im Weg. Seit Januar verhandelt die tadschikischen Konfliktparteien in Teheran über eine Lösung des Konflikts (und die Schaffung eines Rates der Nationalen Versammlung); dieser Tage werden ebenfalls im Iran die letzten Probleme beseitigt.